

Währung und Finanzwirtschaft.

In der Deutschen Gesellschaft 1914 sprach kürzlich Direktor Oskar Wassermann von der Deutschen Bank über die deutsche Währung und die finanziellen Aussichten Deutschlands. Er gab eine Übersicht über die niedergehende Entwicklung des Standes unsrer Währung im Verlaufe des Krieges und die hierfür bestimmenden mannigfaltigen Ursachen. Im Anschluß hieran warf er dann die Frage nach der Gestaltung der Zukunft auf und betonte gegenüber der vielfach vertretenen Ansicht, daß nichts anderes als der Staatsbankrott das Ende sein werde, daß dies unbedingt abzulehnen sei, denn ein Staatsbankrott wäre schlimmer als ein Verbrechen, er wäre eine Riesendummheit, weil er die Auflösung des Reiches dadurch bedeuten würde, daß er die Interessen des Reiches und der Bundesstaaten in einen unlösbaren Gegensatz bringen müßte. Aber auch für unsre Währung würde der Staatsbankrott verhängnisvoll sein. Dazu führte der Vortragende ungefähr folgendes aus:

Alles Geld, das wir haben, ist Staatsgeld, d. h. Anspruch an das Reich, genau wie es die Kriegsanleihen sind. Die Darlehnskassenscheine sind gedeckt durch Ausleihungen gegen Pfand, in der Hauptsache an Bundesstaaten, Kommunen und Sparkassen, und das Pfand besteht wieder in Kriegsanleihen, Bundesstaatenanleihen oder Kommunalanleihen. Die Reichsbanknoten finden ihre Deckung zum weitaus größten Teil in Reichsschatzwechseln. (Die Warenbeleihungen der Darlehnskassen spielen im Verhältnis zur Gesamtsumme des Umlaufs ebenso wenig eine Rolle wie die Golddeckung der Reichsbank.) Wie kann das Vertrauen zum Gelde, das nur eine Forderung gegen das Reich und seine Glieder darstellt, gehoben werden, wenn dieser Schuldner seine Verpflichtungen nicht erfüllt? Wir müssen und können uns anders helfen, denn wir haben ein Selbstheilungsmittel, das uns der Gefahr jedes Staatsbankrotts überheben müßte, in der Entwertung unsrer Währung. Wenn die Reichsmark auf etwa ein Drittel ihres früheren Wertes gesunken ist, was heißt das anders, als daß man im Volke glaubt, Reich, Bundesstaaten und Kommunen, die für ihren Haushalt jährlich 24 Milliarden gebrauchen, könnten nicht mehr als etwa 8 Milliarden in altem Gelde aufbringen. Diese 8 Milliarden, nach früherem Maßstabe gemessen, und die heute 24 Milliarden ausmachen, bedeuten, wenn man unsre Bevölkerung mit rund 60 Millionen annimmt, 400 Mark auf den Kopf. Wenn man nun weiter annimmt, daß der Arbeitsfähige im Durchschnitt für drei Personen zu sorgen hat, so hätte das Arbeitseinkommen durchschnittlich 1200 Mark für den Staatshaushalt zu leisten. Wenn man bedenkt, daß die Löhne heute in ihrer untersten Grenze mehr als 3000 Mark betragen, durchschnittlich aber weit höher sind, so ist dieses Steueraufkommen, wenn auch für den einzelnen eine sehr starke Belastung, doch erreichbar, freilich nur durch ein Steuersystem, das alle Bevölkerungskreise erfaßt. Selbstverständlich wird das höhere Einkommen und der Besitz stark herangezogen werden müssen, aber allein können sie die Lasten nicht tragen. Macht man jede nennenswerte Kapitalbildung oder Kapitalvermehrung unmöglich, so hindert man die Wiedererstarbung und Ausdehnung unsers Handels und unsrer Industrie und untergräbt dadurch die Lebensbedingung unsrer Wirtschaft. Es gehört wenig Weisheit dazu, um zu begreifen, daß 1000 M. in einer Hand wertvoller sind und auch für die Allgemeinheit mehr schaffen können als je 1 M. in 1000 Taschen. Man hat nun ein Verfahren vorgeschlagen, das außerordentlich glücklich zu sein scheint und des eingehendsten Studiums wert ist: die Reichsarbeitsstunde. Jeder, der seinen Unterhalt durch Arbeitseinkommen erwirbt, soll eine Stunde am Tage für das Reich arbeiten. Die denkbar gerechteste und erträglichste Steuer. Nach der letzten Berufszählung 1907 hatten wir allein an Lohnarbeitern in Deutschland 18 1/2 Millionen. Und die Steuer braucht sich nicht nur auf die Lohnarbeiter zu beschränken. Nehmen wir aber der Vorsicht halber an, daß nach den territorialen Abtretungen im ganzen nicht mehr als 18 1/2 Millionen zu erfassen sind und daß der Wert der Arbeitsstunde durchschnittlich 1 1/2 M. beträgt, so ergibt sich ein tägliches Aufkommen von 27 1/2 Millionen oder jährlich 8,3 Milliarden. Eine Summe, die dem Reichsfinanzminister seine schweren Sorgen sehr erleichtern würde. Freilich nur so lange, als Löhne und Gehälter in ungefähr heutiger Höhe bezahlt werden. Eine wesentliche Besserung unsrer Währung würde aber einen Abbau dieser Einkommen und damit einen Steuerausfall zur notwendigen Folge haben, der durch nichts anderes zu ersetzen wäre. Das, was der Staat durch Abbau der Gehälter seiner Beamten erspart, bietet natürlich keinen Ausgleich. Die Staatsschulden bleiben ihrem Nennwerte nach unverändert, zu ihrer Verzinsung und Tilgung sind die gleichen Beträge nötig, ob sie nun in schlechtem oder besserem Gelde bezahlt werden. Man wird sich also fragen müssen, ob unter den unglücklichen Umständen, in die wir geraten sind, eine wesentliche Besserung unsrer Währung überhaupt möglich und daher erwünscht ist. Die Verschlechterung hat aber in der Hauptsache die kräftigsten Schultern betroffen, die sich wohl oder übel damit ab-

finden mußten. In Preisen und Löhnen ist größtenteils schon der Ausgleich geschaffen. Welche neue Unruhe würde es aber in unser ganzes Wirtschaftsleben bringen, wenn nun ein Abbau der meisten Arbeitseinkommen einsetzten würde? Glaubt jemand, daß Löhne, auch wenn die Lebensmittel billiger werden, von 20 oder 24 Mark auf die Hälfte oder weniger herabgesetzt werden könnten, ohne daß der Weg über endlose Streiks, wenn nicht über blutige Kämpfe gehen müßte? Ginge die Währungsverschlechterung auf Kosten der Geldbesitzer und Geldgläubiger vor sich, so würde eine Währungs-besserung allen Geldschuldnern zur drückenden Last werden. Ein Beispiel: Ein Fahrradhändler nimmt bei seinem Bankier einen Kredit von 100 000 Mark auf und macht mit einer Fahrradfabrik einen Abschluß auf 500 Räder zu 200 Mark. Diese Fahrräder haben bei heutigem Währungsstand einen Goldwert von etwa 33 000 Mark. Während der Monate, die die Lieferung beanprucht, sei nun die Währung von 33 v. H. auf 50 v. H. gestiegen. Das bedeutet, daß die im wirklichen Werte unveränderte Ware statt 100 000 Mark beim Verkaufe, wenn man den Handelsgewinn außer Betracht läßt, nur 66 000 Mark erbringen würde. Einen Nachschuß wird die Fabrik nicht bewilligen können, weil sie den Verkaufspreis auf Grund ihrer teuren Rohstoffeinkäufe und der Löhne, die auf eine 33prozentige Währung eingestellt waren, kalkulieren mußte, andererseits muß der Händler unter dem Druck des inländischen und ausländischen Wettbewerbs der Änderung der Währung Rechnung tragen und mit Verlust verkaufen. Seinem Bankier schuldet er aber unverändert 100 000 Mark. Das zeigt, wie verlustreich eine Besserung der Währung sein kann. Überhaupt ist jede erheblichere Schwankung der Währung, sei es Verschlechterung oder Verbesserung, für das Geschäftsleben von Unheil.

Wie steht es aber nun mit den Beziehungen zum Auslande? Die Verschlechterung der Währung verteuert alle Einfuhrwaren, das ist allgemein bekannt, aber nur zum Teil richtig. Sie verteuert sie nämlich nur insoweit, als die Währung im Auslande niedriger bewertet wird, im Inlande aber noch ihre volle oder doch eine höhere Kaufkraft besitzt. Ist die Währung aber erst im Inlande ebenso entwertet wie im Auslande, d. h. kommt die Entwertung auch in den Inlandspreisen allgemein zum Ausdruck, so findet eine Verteuerung der Einfuhr keineswegs mehr statt. Wir können alle Einfuhrgüter nur mit Arbeit oder Ware bezahlen. Jede Bezahlung durch Inlandsgeld ist nur etwas Vorläufiges. Der Ausländer hat für Reichsmarknoten keine Dauerverwendung und kann sie letzten Endes nur wieder zur Bezahlung von Waren verwenden, die er aus Deutschland bezieht, oder für Arbeit, die ihm in Deutschland geleistet wird. Kaufen wir z. B. von einem Ausländer einen Gegenstand im Goldwerte von 33 1/2 Mark und müssen nach dem heutigen Währungsstande dafür 100 Reichsmark zahlen, so haben wir den Gegenstand zu teuer gekauft, wenn es dem Ausländer möglich ist, mit diesen 100 Mark in Deutschland etwas zu erwerben und zu bezahlen, was mehr als 33 1/2 Mark Goldwert hat. Da sich inzwischen die Inlandspreise aber so eingestellt haben, daß dies im allgemeinen nicht mehr möglich ist, kann die Verteuerung der Einfuhr durch den niedrigen Währungskurs, wenn sie überhaupt besteht, nur ganz unwesentlich sein. Weit wesentlicher ist sie dadurch, daß der Ausländer bei Verkäufen nach Deutschland in seiner Preisstellung einem weiteren Währungsrückgang Rechnung trägt, der bis zur Bezahlung etwa eintreten könnte. Der Schade,

den unsre Volkswirtschaft erleidet, beruht also auch hier weit weniger auf dem augenblicklichen Stande der Währung als auf ihrer Instetigkeit. So gering der Einfluß der schlechten Währung auf die Einfuhrpreise ist, wenn sich erst der allgemeine Preisstand im Inlande der Währungsverschlechterung angepaßt hat, so gering ist auch der Einfluß auf die Ausfuhr. Es ist also durchaus nicht richtig, daß niedrige Währung unter allen Umständen die Ausfuhr fördert. Vor dem Kriege wurden in Oberschlesien den Bengarbeitern für die Schicht im Durchschnitt 4,50 Mark Lohn bezahlt. Der Arbeiter förderte dabei durchschnittlich eine Tonne pro Schicht. Heute beträgt der Schichtlohn durchschnittlich 13,50 Mark, also das Dreifache, und da unsre Währung auch im Ausland nur ein Drittel wertet, so wären wir jetzt nicht weniger, aber auch nicht mehr wettbewerbsfähig als vor dem Kriege — wenn der Arbeiter auch jetzt noch eine Tonne pro Schicht fördern würde. Das tut er aber nicht; er fördert nur fünf Achtel Tonnen. Das kommt natürlich nicht von der Währung, sondern von zu kurzer Arbeitszeit und vom Streiken, und wird sich hoffentlich auch wieder ändern. Auf einen recht wesentlichen Vorteil der niedrigen Währung muß aber doch hingewiesen werden: Wenn sich Löhne und Warenpreise auch, wie wir gesehen haben, dem Währungsstande anpassen, so lebt doch im Bewußtsein der Bevölkerung noch auf lange Jahre hinaus die Reichsmark als das alte wertvolle Geld. Da, wo es nicht nötig ist, fordert man nicht immer den vollen, dem neuen Zustand Rechnung tragenden Preis, und zumal in den Ausgaben legt man sich doch sehr häufig in Erinnerung an den alten Zahlwert des Geldes Zurückhaltung auf. Dieser psychologische Einfluß ist in den zur äußersten Sparsamkeit zwingenden Verhältnissen, die uns der verlorene Krieg auferlegt, nicht zu unterschätzen.